

# Saale-Beitung.

weder die Gallenleiste oder deren Mann mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Kassen-Expeditionen angenommen. Melde die Seite 75 Pf. Erscheint wöchentlich dreimal; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braukammpassage 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

**Bezugspreis**  
Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Aufstellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Zu amtlichen Zeitungs-Beziehungen unter „Saale-Beitung“ eingetragen.  
Für die Redaktion verantwortlich: **Verleghaus**  
**Dr. Wilhelm Winkler** in Halle.  
Erscheinenszeiten von 10<sup>h</sup> bis 12<sup>h</sup>, Mär.  
[Zentralredaktion: Schriftleitung Nr. 2532. — Geschäftsstelle Nr. 178.]

Hundertdreißigster Jahrgang.

Nr. 186.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 21. April

1904.

## Unser Blätchen an der Sonne.

Als zum ersten Male die schwarz-weiß-rote Flagge unter der glühenden Tropensonne von Kamerun und Angola Penultima flatterte, da ging ein Hochgefühl, ein Gefühl, wie man es etwa hat, wenn ein Prie mit einer unvermerkten Ehrung oder Beförderung plötzlich auf dem Tisch liegt, durch weite Kreise des deutschen Volkes. Auch die Skeptiker wurden mit fortgerissen. In allen Eingelungelten und Paradiesen mischte oder jubelte man über Nacht Weltmacht geworden und wie der Traum eines fernen Paradieses dem die Kunde von der deutschen Verbrüderung mit dem tropischen Naturmenschen durch die Seele.

Heute ist dem Traum das Erwachen, der Luft der schärfsten Regenjammer gefolgt. Damit ist jene ungemessene Stimmung zur Herrschaft gelangt, die der Hausvater bei Präsentation der Schlussrechnung eines langen Badeaufenthaltes zu haben pflegt. Schreden und Stammen! Verloren ist das schmeichele Geseht, wie ehrenvoll es ist, die deutschen Majanden oder Tropenhelme im fernen Afrika oder Ostasien zu wissen, verbunden die Hoffnungen, daß aus der Kolonialen Saat eine wirtschaftliche oder politische Ernte emporzusprießen werde, die den heißen Kampf ums Dasein im überwollten Feinland durch Auswanderung erleichtert, die ein zweites Deutschland über See erziehen läßt, das nicht nur von der Größe des deutschen Namens in fernen Weltteilen Zeugnis ablegt, sondern auch ein gut zahlender Abnehmer für unsere heimischen Produkte ist und uns für die Beschaffung unserer Rohprodukte eine sicher liegende Quelle wird. Alle Hoffnungen sind an der unratigen Kolonialen Leitung in Berlin, an dem Missverständnis der Verwaltung in den Kolonien selbst, an der Zurückdrängung des kaufmännischen Elements, an dem Mangel zielbewusster Pläne der obersten Leitung zerfallen. Schließen ist lediglich tiefe Niederdegenheit über die endlose Kostenrechnung.

Diese Stimmung machte sich auch geltend im Reichstage in den Verhandlungen über eines unserer wichtigste Blätchen an der Sonne, über Ostasien und die dort von Deutschland unterhaltenen Besatzungen. Ausgaben auf Ausgaben erfordert die Haltung der dortigen Soldaten, die nur dazu da sind, rasch von Shanghai oder Tientsin herbeizulen zu können, wenn wieder den Boyzen der Appetit auf Christenmahltes kommen sollte. Nun ist gewißlich der jetzige Augenblick gefährlich, die Besatzung zurückzuziehen. Keine Partei außer den Sozialdemokraten vertritt denn auch diesen Standpunkt. Die Zurückziehung könnte den Mut jener unsicheren Elemente in China schüren, die nur darauf warten, daß Alpenland zu Lande einmal gründlich heimgeht wird, um in Alt-Europäer das eine Rastia auf unsere deutschen Kaufleute und Missionäre in Sene zu legen. Unsere Besatzung in China ist nicht als dauernde Einrichtung gedacht — vertriebe eine — über das anderem Herr v. Moltke. Aber wann sie heimkehren kann — ach das liegt in weiter weiter Ferne. Und darum braucht nur eine solche Katastrophe hinzukommen, wie wir sie jenen in Südwestafrika durchmachen, um dem deutschen Volk von neuem die herrliche Frage an die Regierung auf die Lippen zu drängen: Sowie hat uns unsere Kolonialpolitik schon gekostet — was ist denn dem deutschen Volke nun hierfür geleistet worden? Seite acht im Reichstag der Kolonialrat zur Beratung.

und da wird von den verschiedensten Seiten des Hauses diese Frage an die verantwortlichen Leiter unserer Kolonialverwaltung gestellt werden. Diese Frage nach der Bilanz unserer Kolonialpolitik ist uns heute die allerwichtigste, die Frage, ob es mit der Kolonisierung à la Prinz Arrenberg oder Leitz, mit dem Hinausleiten von Leuten in befehlshaberische Stellungen nach Südwestafrika wie Major von Glatenapp, die den Krieg gegen die Hereros nicht viel anders zu führen scheinen als ein Wanderer auf dem Tempelhofer Felde, ob die Vernachlässigung des kaufmännischen Elements in der Verwaltung und der Mangel klarer konsequent verfolgter Ziel in der obersten Leitung zu weiter geben soll, kurz ob die Ausgaben den Ertrag gelohnt haben. All diese kritischen Fragen dämpfen heute jeden kolonialen Enthusiasmus, jede koloniale Schamachener, wie sie uns ein Gallisches Blatt aus dem von uns mitgeteilten Vorschlag eines alten Südwestafrikaners über die Abrechnung mit den Hereros unterbreiten möchte. Kolonialpolitik nach sozialdemokratischem Rezept, wie sie dieses Blatt empfiehlt, hieße den Luxus deutscher Verwaltung in Südwestafrika lediglich deshalb zu unterhalten, um Herrschens zu pflegen. Dazu sind wir viel zu arm, und auf dem Hereros könnten wir ebenbürtig rechnen. Dann lieber hinaus aus Afrika! Wie die Dinge jetzt stehen, müssen wir sorgen, nach den nächsten Geldausgaben der letzten Wochen nicht nur auf unsere Kosten, sondern vor allem, was im Grunde daselbst ist, zu einem dauernden Frieden zu kommen. Vielleicht hat die Sozialdemokratie billigere Gegenvorschläge, sie sind wie alle praktischen Vorschläge, wie wir aus der Kolonialmiserie hinstimmen, höchst willkommen und sorgfältiger Erörterung sicher.

Dem Reichstag liegt die Denkschrift über unsere Kolonialverwaltung vor. Sie besteht aus einer Sammlung von Zahlen und wieder Zahlen, meist mit Nullen und wieder Nullen daran, so daß es einem bei der Lektüre vor den Augen flimmert. Der Reichszuschuß zu den Kolonien betrug in den letzten acht Jahren, von 1896 bis 1903, 110,885,000 Mark! Wovon sind weitere etwa 60 Millionen angewendet worden, und der Ankauf der Karolinen hat fast 17 Millionen gekostet. Der Reichszuschuß für Kaufschon für 1904 beträgt 12<sup>1/2</sup> Millionen, für die übrigen Kolonien und ihre Verwaltung über 17 Millionen. Post und Telegraphen in den Kolonien, die nicht nur Verkehrs-, sondern gleichzeitig auch Sicherheitszwecken dienen, verbrauchen über eine Million jährlich aus Reichsmitteln, die Unterhaltung der deutschen Kriegsschiffe zur Sicherheit der Kolonien erfordert etwa ebenfalls, die Subvention der Postdampferlinie erfordert 33,000 Mark. Im ganzen werden ca. 23 Millionen an Mark für die Unterhaltung der deutschen Kolonien im Jahre 1904 geordert. Alles in allem werden 300 Millionen Mark Reichsausgaben seit Beginn unserer Kolonialpolitik nicht zu hoch gegriffen sein.

Und die Bilanz? Der Handel mit den Schutzgebieten, der dafür Ertrag bieten könnte, beläuft sich in Gesamtsumme und Ausfuhr auf nur 22 Millionen Mark, also im Umlauf auf etwa gerade so viel, wie wir an Verwaltungskosten aufzubringen haben. Die Auswanderung aber — die Entlastung der Ueberbevölkerung in der Heimat, die die Kolonialpolitik sich vor allem bringen sollte, ist fast völlig ausgeblieben. 5000 Deutsche haben im ganzen in den Schutzgebieten Nahrung und Brot gefunden und

auch diese drohen heute, was Südwestafrika anlangt, wieder in Bremen oder Hamburg einzutreffen, wenn ihnen das Reich nicht die Geldsummen zurückerstatte, die ihnen durch den Hererokrieg aus der Tasche gezogen sind, und die den mühsamen Ertrag jahrelanger schwerer Arbeit darstellten. Zu dieser lieblichen Kostenrechnung kommt nun heute noch besonders hinzu, daß es in der kriegerischen Oberleitung in Afrika völlig durcheinander geht. Oberst Bürr soll gar nicht krank sein, er hat sich unbehilflich mit Keutwein über Fragen der Oberleitung entzweit und ist schließlich nach der Heimat zurückgeblieben. Stijffell wird er natürlich „krank“ sein.

Wenn angesichts solcher Mißerfolge auch denen der Geduldsfaden reißt, die sonst nichts von Nervosität in der Politik halten, so ist das wahrhaftig verständlich. Doch wir einen unjenseitigen Aufwendungen entsprechenden Kompensations irgend jemand erhalten, dessen Söbe die Gefährdung unseres Vorkrieges völlig unbedeutend, wenn ein Fuß breit deutschen Bodens in fremde Hände gelangt, daran ist leider nicht zu denken. Wir haben keine Gelegenheit, bessere Gebiete dafür einzutauschen. Um so lauter muß das deutsche Volk angesichts der trostlosen kolonialen Nullsumme im Reichstag heute endlich ein klares Programm fordern, das wenigstens für absehbare Zeit die Genähr verpricht, daß unser Geld auf dem Blätchen an der Sonne nicht immer beängstigender zusammenfließt, ohne daß unsere Kolonialpolitik statt einen Schritt aufwärts und dabei nach immer tiefer in den Sumpf hinein gerät.

## Deutsches Reich.

Der Personalnachricht.

— Dem „Schwabenschen Merkur“ zufolge wurde dem württembergischen Ministerpräsidenten und Justizminister Dr. v. Reisinger anlässlich seines Besuchs in Württemberg vom Prinzregenten Karl v. d. Großherzog des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen.

## Eine national-liberale Resolution über die Ostasiatische Politik.

Auch in denjenigen national-liberalen Kreisen, die der Politik der Reichsregierung, insbesondere der auswärtigen Politik des Grafen Bismarck, von jeher ein fast traditionelles Vertrauen entgegenbringen, macht sich angesichts der durch seine offizielle Schlichterrolle hinweg abdiskutierten Mißerfolge unserer auswärtigen Politik, wie sie jenen u. a. das englisch-französische Abkommen gezeigt hat, ein schmerzliches Mißfallen geltend, das in einem diplomatischen und staatsmännlich über-schriebenen Artikel des „Dann. Cour.“ einen charakteristischen Ausdruck findet. Das national-liberale Organ überlegt den Reichstagsrat, der sich in seiner olympischen Höhe durch nichts stören lassen will, mit Spott und Hohn. Durch das englisch-französische Abkommen ist, so bemängelt das Blatt, Deutschland in Marokko einfach ausgegallert. Doch wohl aber nicht in Marokko allein, sondern noch in einer ganzen Reihe anderer wichtiger überseeischer Gebiete, hinsichtlich deren zwischen beiden Mächten eine Verständigung erzielt worden ist. Mit bestehendem Spott stillisiert das Blatt also den die Stellung unserer Regierung zu dem russisch-japanischen Kriege: „Sind in fernem Osten tobt der Krieg der unbegrenzten Weltkriege. Unser Interesse ist gewahrt, wenn sich

(Schluß des Bes.)

## Die Kolportage im Dienste echter Volksbildung.

Von M. S. Waage.

Wir besitzen seit langem schon eine ebenso umfangreiche als vorzügliche und wohlfeile populäre Literatur. Eine große Anzahl berühmter Verlagsfirmen hat es sich angelegen sein lassen, durch Veranfertigung von äußerst billigen Volksausgaben der Hauptwerke deutscher und ausländischer Denker und Dichter oder durch wohlfeile Klassiker-gesamtausgaben die führenden Geister in Wissenschaft und Kunst aller Völker und Zeiten unserem Volke leicht zugänglich zu machen. Durch Herausgabe von vollständigen Darstellungen einzelner Wissenschaftsgebiete hat man dann weiter versucht, die Ergebnisse der Einzelwissenschaften zu popularisieren und neuerdings ist man erfreulicherweise auch dazu gekommen, durch Vereinfachung billiger und doch gediegener Kunstwerke oder guter Reproduktionen von solchen echte Kunst in breitere Schichten unseres Volkes zu tragen.

Und doch — wie verhältnismäßig wenig von all dem Vor-trefflichen, das da zur Hebung der Volkstultur ge-tausen wurde, ist wirklich schon ins Volk, in die breiten Massen, für die es doch bestimmt ist, gedrungen! Ein sehr großer Teil unserer Volksgenossen — besonders der in den kleineren Städten und auf dem Lande lebende — hat nie etwas von diesen volkstümlichen Unternehmungen gehört und ge-sehen, und da sogar an einem Lebensabend, hier und da, ist er noch an einem Bildungstreben durchaus nicht fehlt. Es bewegt sich nur in falschen Bahnen, weil entweder niemand vorhanden ist, der hierbei wegwand ein-greifen könnte oder weil die dazu Verufenen aus irgend welchen Gründen ihre volkstümlichen Pflichten nach dieser Richtung hin nicht erfüllen. So kommt es denn, daß auch heute noch der Reiz der Schund- und Schauer-romanfabrikanten blüht; denn gerade in solchen Gegenden und Volksschichten, in die die gute Literatur zur Zeit noch nicht gedrungen ist, senden diese Seelenverderber mit be-sonderer Vorliebe ihre Kolportage.

Ich konnte vor einigen Jahren (es war zu Anfang des Winters) im Laufe eines mehrtägigen Aufenthalts in einem größeren Thüringer Dorfe feststellen, daß ein solcher Schundschriftenkolektor in dem betreffenden Orte und drei anderen zu denselben Kirchspiel gehörigen kleineren Dörfern in zwei Tagen 60 Abkommen auf seine verschiedenen Zehnminuten-Romane mit endlosen Fortsetzungen ge-wonnen hatte. Dabei behauptete der Mann noch, daß er sich nicht einmal besonders angeeignet, da er es zum aller-großen Teile mit alter Kundigkeit zu tun gehabt hätte.

Viele Vordränge sind schon gemacht worden, wie dieser geistvergiftenden Schundliteratur und ihrer Verbreitung am besten entgegenzutreten wäre, aber alle Veruche nach dieser Richtung hin haben nicht die Erfolge gezeigt, die man sich davon versprochen hatte.

Das beste Mittel, gute populäre Literatur und echte Kunst in die weitesten Kreise unseres Volkes zu tragen und dadurch zugleich der Schauerromanliteratur in ihren eigenen Ver-breitungsbereichen den Boden zu entziehen, ist meiner Meinung nach daselbst, die Schundromanverleger auch bezuzen, nämlich die Kolportage. Genau so, wie die Zehnminuten-Romane von Ort zu Ort, von Haus zu Haus gehen, ihre Ware persönlich vorzeigen und anpreisen, genau so müßten auch Kolporteur mit wohlfeilen und doch gediegenen Werken der populären Literatur und der bildenden Kunst im Lande umherziehen, ihre Bücher und Bilder in jedem Hause vorzeigen — hier und da wäre vielleicht auch Gelegenheit, sie in den Schulräumen aus-zustellen — und so zum Kaufe anregen. Im allgemeinen kann nur dann der Landbewohner ein Buch, wenn es ihm über Preis und Inhalt unterrichtet kann. Wenn aber in das entfernteste und kleinste Dorf, in die entlegenste Hütte die gute Literatur direkt hineingetragen wird und ihre Vorzüge den Käufern genau geschildert werden, und z. B. der betreffende Kolporteur den Leuten — denn Landbewohner pflegen gewöhnlich sehr zu rechnen — klar macht, weshalb ungleich billige Bücher für einen ganz bedeutend niedrigeren Preis als den, den sie für die Kolportageromane zahlen müssen, bekommen, dann werden

sie bald von den teuren Schundbüchern lassen und auch die gute Literatur kaufen. Mander aber, der sich dahin noch nie ein Buch gekauft hat, wird vielleicht durch den außer-ordentlich geringen Preis dazu veranlaßt — die meisten Bücher der verschiedenen Volksausgaben sind schon für wenige Groschen zu haben — sich dies oder jenes Büchlein einmal anzuschauen, er wird schließlich dem Bücherleien Geschnad abgewinnen und so zu einem Bücherkäufer werden.

Schon früher ist ein ähnlicher Vordrang, aber nur in Bezug auf die Popularisierung von Kunstwerken gemacht worden. Damals wurde zur Gründung einer Vereinigung angeregt, die es sich zur Aufgabe machen sollte, die künstlerischen Be-strebungen mitten ins Volk hineinzutragen, indem sie junge Künstler und Schriftsteller, mit guten Bildwerken versehen, gewissermaßen auf künstlerische innere Mission ins Land sendet.

Eine solche Vereinigung zu schaffen, die durch Kolportage-Betrieb von guten und doch nicht teuren Bildwerken (wie z. B. der Bogliländerischen Künstlervereinigungen, der vom Kunstwart herausgegebenen Meisterbilder- und Künstler-mappen u. a. m.) von ebenföhligen Klassikerausgaben und Volksbüchern (genannt Meyer nur einige der bekanntesten Bibliotheken, Herdel, Meyers, Kellam, die Wiesbaden und die Schweizer, die Sammlung Göben und viele andere mehr) Wissenschaft und Kunst zu popularisieren sollte, sollte doch nicht allzu schwer sein. Gibt es doch in unserem Vaterlande eine große Anzahl von Vereinen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, an der Hebung der Volkstultur mitzuarbeiten und die sicher ein solches kulturpolitisches Unternehmen mit Rat und Tat unterstützen würden. Auch eine große Anzahl von Einzelverletern würden sich wohl für eine betriebs-Ver-einigung als Mitglieder gewinnen lassen und sie durch händige Beiträge unterstützen.

Größerer Geldmittel bedürfte diese Vereinigung übrigens nur für den Anfang, da sie bald dazu kommen würde, sich zum größten Teile, wenn nicht sogar ganz, aus sich selbst zu erhalten. Ausgaben würden ihr zunächst nur durch den Betrieb, nicht durch Verkauf der Bücher erwachsen; denn ich bin überzeugt, daß alle die Verleger, von deren Verlags-werken dies oder jenes als geeignet für eine solche Ver-

nicht in der Tat ein Weltbrand daraus entwickelt. Also halten wir still, wie Gott will. Zwar der Anbruch der Feindlichkeiten hat uns so überfallen, wie der Wölkchen des Abkommens in Downing Street: nicht einmal die Hoffnung ist so rechtzeitig genannt worden, daß der Nation ein Recht von ungeschätzten Willküren an Weiten hätte erpart werden können. Zutun ist; auch in anderen Dingen hat man nicht gewußt. Von und unter diesen Umständen maglich nicht genannt, wo man im selben Augenblick die Arbeit-Exposition vorbreitet, um Ausland zu erwartende Belegenheiten auszuweiten.

Genau wendet sich das Volk in schärfer Weise gegen die Vertretungslosigkeit der Regierung gegenüber der Entwicklung der Dinge in Deutschland und westwärts: „Sundete von Menschenleben, denen das Vaterland keinen Schuß schuldig war, Millionen an Gütern mußten verloren gehen, um uns gerettet zu finden. Und nun wir endlich gerettet scheinen, machen uns unsere „Siege“ über die Schwärzen zum Geißel der Nationen. In der freien Besinnungssucht, die die Politik des ewigen Friedens großtut, haben wir den barbarischen Gegner zu gering eingeschätzt oder doch nicht den Wert gesehen, gegenüber dem zu erwartenden Widerstande in der Volkserhebung die Mittel zu fordern, die zum Ziele führen mußten.“

Wohlgemeint ist in einem nationalliberalen Sinne an der Politik der Regierung eine so vernehmliche Kritik geübt worden, die — leider nicht so leicht zu widerlegen ist.

### Die Sozialdemokratie und das Heer.

Der frühere Nationalist, jetzige Sozialdemokrat Dr. Waukenberg hat in Leipzig in einer sozialdemokratischen Versammlung aus „einem schwereren Kampf“ seine Fabel bezogen. Zur Durchführung ihrer Begehren müsse man die Macht im Staat haben. Aber auch die Macht im Staat fände, der müsse auch kämpfen um die Macht in der Armee. Diese geht schließlich die letzte Entscheidung. Darum müsse dem Einzelnen das Gebot über die Armeegemessenheit (1) und dem Parlament überlegen werden, wie er nach Soldaten und Offiziere nicht auf den Kriegsbären, sondern auf die Verfassung zu verweisen sein (2). Die ganze Militärfrage sei eine Frage der politischen Macht; in dieser Erkenntnis dürfe man sich nicht beirren lassen durch Fieber von Vaterlandslosigkeit und dergleichen mehr. — Inwieweit Sozialisten kann man dem unternehmenden Herrn nicht gerade vorwerfen.

### Wohlfahrtsstatistiken.

— Statistiken in Preußen um die Mitte April (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering).

	April 1904	April 1903	April 1902
Winterweizen	2,5	3,3	2,3
Wintererbsen	2,2	2,5	2,2
Winterroggen	2,6	3,0	2,3
Ries	2,3	2,7	2,7
Wegweizen	2,9	2,7	2,8
Weizen	2,5	2,5	2,9

Die wegen Wintermangel, Mangelkrankheiten, Schneedeckung und dergleichen ungenügende Fläche beträgt in Hundertteilen des Anbaues bei

	April 1904	April 1903	April 1902
Winterweizen	0,41	17,09	0,15
Wintererbsen	0,27	2,16	0,09
Winterroggen	0,30	1,02	0,78
Ries	1,58	1,02	0,75
Wegweizen	0,59	1,02	0,35

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es, der Winter sei nicht trüb, noch nicht verfallen. Nur die Monate Dezember und Januar, sowie einige Tage im Februar hätten trocken sein müssen. Schnee hätten in größeren Mengen nur die Gebirge, weniger das Flachland erhalten; hier seien die Felder erst Ende Februar und Anfang März auf kurze Dauer vom Schnee bedeckt gewesen. Während im März auf die kalten Tage in den meisten Gegenden mildes, sogar ziemlich warmes, trodenes Wetter folgte, sei die Regenperiode, hervorgerufen durch die Abwehnung von übermäßigem Niederschlag, besonders im April fast allseitig von kaltem Wetter unterbrochen, später seien zwar Regenreicher bei kaltem Wetter wieder eingetreten. Trotz der mangelnden Schneedecke habe der Frostschnee keinen bedeutenden Schaden angerichtet. Mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen werde berichtet, daß die Saatgut durch den Winter gekommen seien. Daß sich das Wachstum früher als gewöhnlich zeigte, habe Beforscher kaum erwähnt, da, wie allgemein erwähnt, mit Eintritt wärmeren Wetters alles gut gelaufen werde.

Die Weizenarten, welche zum größeren Teile wegen

breitung in weiten Volksteilen angepflanzt sind, gering bereit sein werden, mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines bedeutenden Abfalles, gegen Genährung der im Verkehr zwischen Verleger und Buchhändler üblichen Prozedere eine größere Anzahl der betreffenden Bücher dem Vereine in Kommissionsvertrieb zu geben. Es würde dann einfach monatlich oder vierteljährlich zwischen dem Vereine und den Verlegern abgerechnet und die nicht verkauften Bücher würden an die betreffenden Verleger wieder zurückgegeben oder auf neue Rechnung übernommen werden.

Unvermeidliche Ausgaben würden entstehen erstens durch die notwendige Errichtung eines Geschäftsbüros und Sekretariats, das die gesamten Korrespondenzen und Geschäfte des Vereines besonders in Verkehr mit den Verlegern einerseits und den Kolporteurs andererseits zu führen hätte. Der Kolporteurs wegen wäre es ratsam, dem Geschäftsbüro für den Anfang genügt ja dazu ein Zimmer — in die Wohnung des mit der Geschäftsführung beauftragten — zu legen, und da die Erledigung der Geschäfte zunächst täglich nur einige Stunden in Anspruch nehmen dürfte, könnte das Amt eines Geschäftsführers als Nebenamt vergeben und dementsprechend auch besetzt werden. Alle große Unkosten würden durch die Errichtung eines solchen Geschäftsbüros nicht erwachsen. Etwas höher als die Ausgaben für dieses selbst würde wohl die Summe der Ausgaben sein, die durch Betretungslagen für den Bezug der Bücher vom Verleger, dann durch Weiterverkauf an die Kolporteurs und besonders durch die aus dem Vermitteln der Kolporteurs sich ergebenden Transportkosten für die ihnen zum Verkauf überlassenen Bücher und Bilder entstehen. Am meisten würde das Ausgabenkonto aber belastet werden durch die Summe der den Kolporteurs zu gewährenden Minimalentlohnungen. Ich denke mir nämlich die Sache so, daß den Kolporteurs ein bestimmtes Mindestentlohnung garantiert und ihnen außerdem noch von dem durch sie erzielten Umsatz etwa 10 Proz. als Vergütung gewährt werden. Wenn der Verein seine Tätigkeit z. B. mit sechs Kolporteurs beginnen würde und jeder von diesen einen durchschnittlichen Jahresumsatz von 6000 M. erzielte, so wäre das ein Gesamtumsatz von 36.000 M.; nehmen wir weiter an, daß die Verleger dem Vereine den Durchschnitts-

später Bestellung mangelfalt in den Winter gekommen seien, hätte der Verein einen Schaden durch Frostfröhen davongetragen. Der geringere Bestand in den südlichen Gegenden werde aber durch den besseren in der westlichen Staatshälfte ausgeglichen. Dagegen hätten die Kolporteurs, welche infolge zeitigerer Bestellung meist fruchtbar seien, weniger durch Frost als durch die frühere Schädigung, besonders durch Frost, Schäden und Schäden gelitten. Der Winter sei nicht so hart wie der letzten Winter gewesen. Weniger günstig als die Sonne sei die für Meer beizutell worden, dessen Abnahme während des Winters nicht allein durch Frostschnee, sondern mehr durch Mangel an Schneedecke sei. Die Luzerne habe im allgemeinen den Novemberbestand behauptet. Heber die Äcker werde zunächst berichtet, daß sie nach dem Frostschnee fest seien, das Gras vielmehr noch eine gute Farbe zeige. Sie hätten vielfach unter Wasser. Jedoch sei der Zustand kein ungenügender, und die Erhaltung der Ertragsmengen dürfe noch nicht ungenügend sein. Die Sommerbestellung sei infolge der neuen Witterung der letzten Wochen im allgemeinen sehr im Hinblick, in den Provinzen Ost- und Westpreußen kaum begonnen; nur in Brandenburg, Schlesien und Sachsen sei man mit wenig Ausnahmen bis auf die Hälfte fertig. Aus demselben Grunde hätten die meisten ansehnlichen Flächen noch nicht umgeändert werden können. Der Umfang der Neubestellungen werde sich erst im nächsten Monate mit einiger Sicherheit feststellen lassen; bis dahin dürften sich, sofern bald wärmere Witterung einträte, manche scheinbar abgelehnte Pläne wieder erholen.

Der Senat von Hamburg hat der Bürgerrecht eine Antrag ausgeben lassen betreffend die Erbauung eines Tunnels unter der Elbe zwischen St. Pauli und der Scharnhorst-Steinbrücke. Die Kosten werden auf 8.200.000 M. veranschlagt. — Der Antrag des Senats auf Bewilligung eines Staatskredits von 10.000 M. an den Hamburger Rentklub wurde von der Bürgerrecht abgelehnt.

### Verwaltung und Rechtspflege.

— Die „Nord. Allg. Ztg.“ meldet: Nachdem im Sudan am 1. August v. J. der allgemeine Pächtervertrag eingeführt worden ist, sind die Bevollmächtigten für das Recht erweitert worden, daß die Sudanregierung sich das Recht vorbehält, mittellose oder unzulässigen Fremden, wenn sie keinen Fuß besitzen, den Eintritt in ihr Gebiet zu verweigern oder, wenn sie sich bereits im Lande befinden, auszuweisen. Mit Personen, die mit einem der bekannten Mordbrennen reisen, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

### Parlamentarisches.

— Das Abgeordnetenhaus wird in diesem Jahre weit länger als sonst tagen müssen; die Regierung beabsichtigt, es bis in den Juli hinein arbeiten zu lassen! Die Finanzkommissionen sollen am 22. Mai ihren Anfang nehmen und bis etwa zum 10. Juni dauern. Auf Juangriffnahme der Lotterievorlage vor Wahlen wird nicht geteilt; die erste Lesung der wasserwirtschaftlichen Vorlage wird ca. fünf Arbeitstage in Anspruch nehmen.

— Die Verfassungskommission der Zweiten Kammer hat am Mittwoch bezüglich des Abstreifens eines Gesetzes folgende Beschlüsse gefaßt: Der Reichstag der Abgeordneten sollen drei Abgeordnete in die Erste Kammer gewählt werden. An der Wahl eines Vertreters der Arbeiterkammer zum Ersten Kammer wird festgehalten. Die von dem Großherzog in die Erste Kammer zu berufenden Mitglieder sollen nicht mehr als sechs an Zahl betragen. Die Zahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer soll 73 betragen. Es wird dem Entwurf einer neuen Wahlreform in der ersten Kammer geteilt werden. Bis Ende, welche mehr als einen Abgeordneten zu wählen haben, soll das Proporzionsprinzip eingeführt werden. Im zweiten Kammerwahlrecht ist ein Teil der Staatsangehörigen ein Jahr geduldet haben. Wenn der Wahlberechtigte, trotz rechtzeitiger Wohnung und ohne Stundung erklären zu haben, nicht die Wahlberechtigung zu übernehmen, so ist das vorausgesetzte allgemeine Wahlrecht gegenüber dem Staat oder der Gemeinde obliegenden Steuer im Verhältnis 10, soll der Verlust des Wahlrechts sein. Bezüglich des Budgetrechtes hat die Kommission an den früheren Beschlüssen fest.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

(Eigenbericht der „Sante-Blg.“)

57. Sitzung vom 20. April, 11 Uhr.

Von Ministerialrat Dr. v. Rheinbolden, Schopenstedt  
Der Etat der auswärtigen Angelegenheiten wird in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen, ebenso

den Abatatsatz von 33 1/2 Proz. gewährt werden, so hätte der Verein 12.000 M. verdient. Von diesen 12.000 M. wären dann die gesamten Unkosten zu decken und könnten aus davon gedeckt werden.

Daß übrigens die Kolporteurs eines derartigen Unternehmens in Anbetracht der Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, keine ungebildeten Menschen, wie es heutzutage die meisten Kolporteurs sind, sein dürfen, ist selbstverständlich. Die Kolporteurs eines solchen Vereines müssen die Buch- und Bildwerke, die sie vertreiben, selbst studiert haben, um den Käufern darüber kurze Referate geben zu können, sie müssen einen künstlerischen und literarischen Geschmack und vor allem auch eine gewisse pädagogische Beratung, um die einfachen Leute bei ihren Buchkäufen beraten zu können. Woher soll der Verein diese Kolporteurs nehmen? Nun, ich bin wie Dreismann in dem früher schon angeführten Artikel der Überzeugung, daß sich eine ganze Anzahl von gebildeten jungen Leuten, angehende Künstler und Schriftsteller, gern auf einige Zeit diesem sozialpädagogischen Unternehmen zur Verfügung stellen werden, weil sie — ganz abgesehen von dem bescheidenen Entlohnung, das diese selbstbildnerische Tätigkeit ihnen gewähren kann — vor allem dabei eine selten gebotene Gelegenheit finden, die verschiedenen Landschaften und Volksschichten, Sitten und Gebräuche im deutschen Vaterland aus eigener Anschauung kennen zu lernen und vielleicht auch ihre und eines tieferen Blick zu tun in die dem Welt aller Vertriebe, die der angehende Schriftsteller oder Künstler hier zu finden weiß und die deshalb auch auf eine größere Zahl von solchen jungen Leuten zugänglicher wirken werden.

An Personen, die den Kolportagebetrieb übernehmen, wird also kein Mangel sein. Bleibt demnach nur die Sorge um Herbeischaffung der nötigen Geldmittel. Sollte es nicht möglich sein, diese durch die Mitgliedsbeiträge einer zu diesem Zwecke zu gründenden Vereinigung aufzutreiben? Wer hilft nicht eine derartige Vereinigung, die nicht nur auf Unterstützung von seinen einzelnen Personen, sondern auch von Seiten aller Vereine und Gesellschaften mit selbstbildnerischer Tendenz rechnen dürfte, ins Leben zu rufen? —

nach kurzer Debatte, die sich um das historische Institut in Nordrecht, der Etat der

### Statistik.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Zentralstatistik der größeren Amtsgereichten.

Nach § 1 wird die Aufsicht über die Amtsgereichte mit mehr als 15 Richtern einem Amtsrichter zu, der den Titel Amtsgereichtsdirektor führt und das Gehalt eines Amtsgereichtsdirektors bezieht.

Nach § 2 erwidert sich das Recht der Aufsicht des Amtsgereichtsdirektors auf alle bei dem Amtsrichter angestellten oder beauftragten Beamten.

Die Kommission hat § 1 unverändert gelassen. Dagegen § 2 getilgt, also den Amtsgereichtsdirektoren das Aufsichtrecht, nicht aber das Disziplinarrecht gegeben.

Nach § 3 findet auf die Vertretung der Amtsgereichtsdirektoren die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Amtsgereichtsdirektoren in Berlin laut.

Die Kommission hat diesen Paragraphen dahin abgeändert, daß nach ihm den Amtsgereichtsdirektoren bei den Amtsgereichten mit 15 Richtern untergeordneten Landgerichte das Disziplinarrecht (Erteilung von Rügen) über die Amtsgereichtsdirektoren zusteht (wie Berlin).

Die Kommission (fr. Weg.) beantragt im Falle der Ablehnung der Kommissionsfassung folgende Fassung:

Bei den mit mehr als 15 Richtern versehenen Amtsgereichten steht das Recht der Aufsicht einem Amtsrichter zu, der den Titel Amtsgereichtsdirektor bezieht das Gehalt wie die Landgerichtsdirektoren.

Weiter an Stelle der §§ 2 und 3 zu bestimmen, daß die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Führung der Aufsicht beim Amtsrichter in Landgerichten in Berlin für die neuen Amtsgereichtsdirektoren entsprechende Anwendung finden.

Abg. Veltjohann (fr. Weg.) begründet seinen Antrag, der besagt, daß die Aufsicht und Disziplinarrecht bei den ganz großen Amtsgereichten in eine Hand zu legen.

Abg. Veltjohann (fr. Weg.) erklärt, in seiner Fassung seien drei Amtsgereichten, die eine für die Kommissionsfassung, die andere für die Regierungsvorlage und die dritte für den Antrag Veltjohann.

Abg. Dr. Krause (nl.) wendet sich gegen die schematische Regelung des Gesetzes und erklärt, ein Bedürfnis für ein Gesetz über überhaupt nicht nachgewiesen. Wenn eine Entlastung der Landgerichtsdirektoren wirklich notwendig sein sollte, dann würde sie am besten durch Abnahme des Antrages Veltjohann gelöst werden. Die Vorlage habe eine große Erregung in Richterkreisen hervorgerufen.

Abg. Veltjohann (fr. Weg.) Die Kommission hat dem Amtsgereichtsdirektor das Recht der Rüge, das die Regierungsvorlage geben wollte, wieder genommen. Dadurch wird ja eigentlich der ganze Zweck des Gesetzes, die Entlastung der Landgerichtsdirektoren wieder illusorisch gemacht. Aber es geht nicht um die Rüge, sondern um die Befugnis zu erlassen. Es begünstigt nur einseitig einige Landgerichtsdirektoren, die tatsächlich etwas entlastet werden, während andere, die noch mehr belastet sind, davon gar keinen Vorteil haben. Die kleinen Amtsgereichte befreit eigentlich mehr der Aufsicht, als die großen. Man muß auch mehr Freiheit hätte ich um Ablehnung der ganzen Vorlage des Antrages Veltjohann.

Abg. Veltjohann (fr. Weg.) erklärt, die Regierungsvorlage sei gegen die Vorlage, man dürfe die Landgerichtsdirektoren nicht von dem entlasten, was ihre eigentliche Lebensaufgabe sei, die Kontrolle über die Amtsgereichte.

Abg. Veltjohann (fr. Weg.) führt aus, auch in der Kommission sei ihm die Notwendigkeit des Entwurfs nicht nachgewiesen worden. Der Entwurf würde auch eine unerwünschte Disziplinierung der Richter bewirken, es würde dann Richter erster und zweiter Klasse geben.

Abg. Veltjohann (fr. Weg.) erklärt, die Regierungsvorlage noch die Kommissionsfassung findet die Zustimmung der Mehrheit des Hauses. Dieses ist im wesentlichen, was ich auch schon früher erklärt habe und ich kann es mit erparen, noch weitaus meinen Standpunkt dazulegen. Wenn man sagt, daß die Rechtsanwaltschaft gegen die Vorlage, so ist mir ein Verstoß von Rechtsanwaltschaft in diesem Sinne nicht bekannt. Der Vorstand der Rechtsanwaltschaft in Halle kann einen Verstoß gegen diesen Entwurf nicht gemacht haben, wie behauptet worden ist, denn er würde eine Verstoß übertritten haben. Ich kann nur bedauern, daß dieser Entwurf keinen Bestand findet. Die Erregung in Richterkreisen will ich als Tatsache hinnehmen, ihre Verdrängung erregt ich nicht an. Wenn die Vorlage Gesetz geworden wäre, wäre nach einem Verstoß von einer solchen Erregung nicht mehr zu trennen gewesen. Der Antrag Veltjohann halte ich nicht für unannehmbar. Auch er würde immerhin eine Befreiung des bestehenden Standes bewirken. Allerdings kann ich auch noch nicht namens der Staatsregierung erklären, daß sie diesem Antrag zustimmen würde.

Im Schlußantrag wird angenommen.

Es folgt die Wahlkommission.

§ 1 in der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen eines Teils der Konservativen abgelehnt, ebenso § 2 in der Kommissionsfassung und in der Regierungsvorlage.

Der Antrag Veltjohann zu den §§ 1, 2 und 3 wird gegen die Stimmen des Zentrums und der rechtsrheinischen Volkspartei abgelehnt. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes nicht nachgewiesen. Die Entlastung werden abgelehnt.

Der Entwurf wegen Abnahme des Gesetzes betreffend die Regelung der Richterwahlrecht wird ohne Debatte in zweiter Lesung mit einem Zusatz Veltjohann angenommen, der an Stelle des Wortes „Amtsgereichtsdirektoren“ das Wort „Amtsgereichtsdirektoren“ setzt (entsprechend dem Antrag Veltjohann) zum selben erzielten Zweckentzweck.

Nach dem Entwurf sollen sämtlich die Mitglieder der Senatspräsidenten der Oberlandesgerichte, der Landgerichtsdirektoren und der Amtsgereichtsdirektoren nach Altersstufen geregelt werden.

Es folgt die zweite Beratung des Justizetats.

Die Kommission hat beantragt, an Stelle von 11 Staatsanwaltschaften mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen die Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermehren (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjohann (fr. Weg.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, die Stellen der Staatsanwälte für den Staat bedeute, so würde er doch für die Staatsanwälte, welche jetzt hinter dem hinführenden 6 neuen Staatsanwälten stehen, ein Verlust sein. Die Zulage solle dazu dienen, besonders tüchtige Kräfte heranzuziehen, wie das beim Landgericht I Berlin in wirksamer Weise geschehen sei. Bei Abnahme des Kommissionsantrages würden sich in der Provinz tüchtige Kräfte wiederholen, die sich in Berlin als unbrauchbar erwiesen haben. Die Regierung würde dann gezwungen sein, teils dem ältesten Staatsanwalt die Zulage zu geben ohne Rücksicht auf die Tüchtigkeit. Man kann den großen Staatsanwaltschaften meines Ansicht nach in der von der Regierung vorgeschlagenen Art und Weise wirksam helfen. Die Erteilung der Zulage ist eine solche, daß man es vermeiden kann, in irgendeiner Weise die Tüchtigkeit der Beamten zu beeinträchtigen. Wenn jetzt einmal ein Staatsanwalt entfällt, dann werden Zugabe von Ersatzstellen in den Zeitungen geschehen und ein großer Lärm schlagen. Schon um dies zu vermeiden, muß bei der Erteilung der Staatsanwaltschaften mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Die höheren Stellen bilden bei den Staatsanwälten einen viel geringeren Prozentsatz, wie bei den Richtern. Daher kommt es, daß



